

HANDELS- UND INDUSTRIEVEREIN DES KANTONS BERN

Berner Handelskammer

Gutenbergstrasse 1
Postfach 5464
3001 Bern

Direktion und Sekretariat 031 388 87 87
Beglaubigungsdienst 031 388 70 70
Fax 031 388 87 88

MEDIENMITTEILUNG

Stellungnahme zu den Richtlinien für die Regierungspolitik 2007 – 2010

HIV zieht durchgezogene Bilanz

Der Handels- und Industrieverein des Kanton Bern (HIV) beurteilt die Regierungsrichtlinien 2007 - 2010 differenziert. Während er das Ziel der Erhöhung der Bildungsqualität klar unterstützt, wertet er die Aussagen des Regierungsrates zu den Steuern und zur Verkehrserschliessung als ungenügend.

Der Handels- und Industrieverein des Kanton Bern hat die soeben veröffentlichten Richtlinien für die Regierungspolitik 2007 - 2010 an seinen eigenen Schwerpunktzielen, „Bildung stärken“, „Verkehrserschliessung verbessern“ und „Steuern senken“, gemessen. Er gelangt zu folgendem Ergebnis:

Im **Bildungsbereich** stellen die Richtlinien eine taugliche Grundlage dar. Der Regierungsrat geht von der bestehenden Bildungstrategie aus und erklärt die Erhöhung der Bildungsqualität zu einem vordringlichen Ziel. Im weiteren will er die Eigenverantwortlichkeit der Bildungsinstitutionen stärken und die Synergien zwischen den Hochschulen ausschöpfen. Diese Vorhaben finden die klare Unterstützung des HIV.

Im Bereich **Finanzen/Steuern** lässt sich den Richtlinien allerdings wenig positives abgewinnen. Mit dem äusserst zögerlichen Vorgehen betreffend Steuergesetzrevision 2008 wird es dem Kanton Bern nicht gelingen, das im interkantonalen Vergleich weiter verlorene Terrain (die Steuerbelastung ist von 114,7 auf 117 Indexpunkte gestiegen!) zurückzugewinnen und endlich *echte* Fortschritte zu erzielen. Überdies lässt das kürzlich ebenfalls publizierte Budget 2007 sowie der Finanzplan für die Jahre 2008 - 2010 erkennen, dass die Tilgung der Schulden (derzeit rund 7,5 Mia Franken) offenbar keine Zielsetzung mehr ist und der „Aufgabendialog“ mit dem Ziel, Aufgaben abzubauen, nur noch halbherzig weitergeführt wird. Das Bekenntnis des Regierungsrates zur Weiterführung der Wachstumsstrategie, welche für eine aus volkswirtschaftlicher Sicht positive Zukunft des Kantons Bern entscheidend ist, äussert sich leider am ehesten im geplanten Wachstum der Staatsausgaben um weitere rund 500 Millionen Franken bis ins Jahr 2010!

Im Bereich **Verkehrerschliessung** wird der künftigen Mobilitätszunahme kaum Rechnung getragen. Im Strassenbereich bergen die gesetzlich nicht vorgesehenen Zweckmässigkeitsbeurteilungen (sog. ZMBs) die Gefahr, dass die vom Grossen Rat im Rahmen der Strategie zur Stärkung des ländlichen Raums als wichtig deklarierten Strassenbauprojekte weiter verzögert werden. Dies verhindert das aus gesamtkantonalen Sicht unerlässlich notwendige wirtschaftliche Wachstum im ländlichen Raum.

Im Weiteren fällt auf, dass in der **Energiepolitik** illusionäre Ziele angestrebt bzw. die Versorgungssicherheit aufs Spiel gesetzt wird.

Weitere Auskünfte stehen zur Verfügung:

Niklaus, J. Lüthi, Präsident HIV, Tel. 079 311 16 54

Adrian Haas, Direktor HIV, Tel. 079 717 24 24

Bern, den 11. September 2006

MEDIENMITTEILUNG